



Newsletter

vom 10.03.2019

Europawahl 2019

Unterstützungsunterschriften

Zunächst bedanken wir uns als Partei für eure großartige Hilfe beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften für die Zulassung zur Europawahl 2019! Trotz der enormen Hilfe hat es leider nicht gereicht. Natürlich ist das ein Rückschlag, von dem wir uns erholen müssen. Dennoch konnten wir auch viel dazu lernen und Erfahrungen sammeln. In den kommenden Monaten wird sich vieles verändern und wir werden an einigen Stellen entsprechende Umbaumaßnahmen vornehmen und auch unseren Fokus entsprechend anpassen. Selbstverständlich werde ich euch weiterhin per Newsletter und Social-Media über alle Neuerungen informieren! Das nächste Ziel heißt Bundestagswahl 2021; bis dahin ist es noch ein langer Weg und wir freuen uns, wenn ihr uns weiterhin begleitet und weiterhin unterstützt.

#NeustartJetzt

Politik aktuell - Internetgesetz

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

In Russland haben viele tausend Menschen gegen ein geplantes Internetgesetz protestiert. Laut Berichten soll damit das Internet in Russland sicherer gemacht werden, da man nicht von ausländischen Servern abhängig ist. Für die Protestanten ist das Gesetz jedoch nur eins: eine

(weitere) Zensur von Informationen. Wir als deutsche Partei sind strikt gegen ein entsprechendes Gesetz, da die Informationsfreiheit Bürgerrecht bleiben muss und nicht vom Staat beschnitten werden darf! Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben das Internet frei zu nutzen; egal ob in Deutschland, der EU, Russland oder weltweit! Im 21. Jahrhundert sind der Austausch und das Nutzen von Informationen wichtiger denn je. In einer modernen Welt sollte nicht am Rückschritt gearbeitet werden, sondern an einer Weiterentwicklung. Selbstverständlich stellen digitale Infrastrukturnetze eine schätzenswerte Ressource dar, die auch anfällig für besagte Attacken ist. Dennoch sollte der Schutz dieser Ressource nicht zu Lasten der Bürger gehen; denn das Recht auf Informationsfreiheit steht jedem zu. Auch in Russland!

Politik aktuell - Costs plus 50

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

Präsident Trump hat erneut seinen Größenwahnsinn unter Beweis gestellt: Trump fordert nun für im Ausland stationierte US-Streitkräfte vom jeweiligen Land die komplette Kostenübernahme plus nochmals 50 Prozent, da Trump mit den militärischen Ausgaben andere Länder nicht zufrieden ist. Insbesondere Deutschland würden massive Kosten von rund 5 Mrd. EUR entstehen, da derzeit rund 33.000 US-Soldaten in Deutschland stationiert sind. Etwa in Ramstein oder Landstuhl. Wir fordern, dass auf einen solchen Deal nicht ansatzweise eingegangen wird, sofern er tatsächlich vom US-Präsidenten in Betracht gezogen wird. Besonders durch Deutschland erfahren die USA Hilfe im Bereich Militär und Versorgung von Verwundeten. Der Nutzen liegt auf Seiten der Amerikaner, die in Kriegsgebieten auf schnelle Hilfe etwa aus Ramstein angewiesen sind. Ein solches Vorhaben torpediert die Zusammenarbeit vieler Länder mit den USA und sendet ein falsches Signal. Laut Medienberichten ist jedoch unklar, ob die Forderung tatsächlich zur Debatte steht, da Präsident Trump vermutlich eher erneut die Muskeln spielen lässt, um eine entsprechende Diskussion zu dem Thema anzuheizen.

Wir als Partei haben einen klaren Standpunkt: jemand der Flüchtlinge mit einer Mauer aussperren will und das Heimatland der Flüchtlinge dafür zahlen lassen will, muss sich auch bei der Forderung einer Kostenübernahme für im Ausland stationierte Soldaten kritische Fragen zu seinem geistigen Zustand gefallen lassen!